

Achtung: Prof. Pöttering behält sich vor, den Text an mehreren Stellen durch aktuelle Ausführungen zu ergänzen.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: 17. Juni 2006, 15.30 Uhr

Rede von

Prof. Dr. Hans-Gert PÖTTERING MdEP
Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

bei der Europakundgebung
anlässlich der Großen Schiffswallfahrt
- 150 Jahre Gesellenfahrt auf dem Rhein -
des Kolpingwerkes Europa
am Samstag, 17. Juni 2006
Hotel Maritim, Köln

"Unsere christlichen Werte -
Grundlage für die Europäische Einigung"

(Anrede)

es ist für mich eine große Freude, an diesem besonderen Tag zu Ihnen über die Grundlagen der europäischen Politik sprechen zu dürfen. Als Mitglied des Kolpingwerks freue ich mich ganz besonders, heute über 1.600 Pilger nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus anderen Teilen Europas hier begrüßen zu dürfen.

„Gesellenvater“ Adolph Kolping führt uns heute zusammen. Schon sein Weg wies damals in die europäische Zukunft. Der gelernte Schuhmacher hatte sich in Elberfeld als Domkaplan von den Gesellenvereinen begeistern lassen, die Johann Gregor Breuer eingerichtet hatte. Kolping brachte die Vereinsidee hierher, nach Köln, und dann weiter nach Europa. Sozialpolitisches Engagement verbunden mit religiöser Führung – diese immer moderne Kombination Kolpings machte an keiner Grenze halt.

Als der Verein sich über die Landesgrenzen hinaus ausdehnte, begründete er die Umbenennung des „Rheinischen Gesellenbundes“ in „Katholischen Gesellenverein“ mit folgenden Worten: *„Wir sind nicht so dumm, um des Grenzpfahles willen das Gute zu lassen.“* Kolping wagte Neues – auch in unserer Kirche. Er schuf Handwerkern eine Familie, aktivierte sie zur Selbsthilfe. Und als Preußen die religiösen Rechte der katholischen Einwohner der oberrheinischen Kirchenprovinz eingeschränkt hatte, rebellierte die Zeitung „Der Katholik“ gegen das Schweigen der katholischen Ständevertreter: *„Wenn Bischöfe und Priester schweigen, müssen Laien reden!“* Kolping war ein guter Priester. Er widersprach herrschenden Überzeugungen, indem er auf seine Zeit einging und vorbildlich Neues schuf, das Europa bis heute belebt.

Christliche Wurzeln müssen immer wieder, in jeder Situation, neu entdeckt werden. Sie geben Lebenskraft, um zeitgemäß bezeugt zu werden. Letztes Jahr im August stritten hier in Köln 200 Mitglieder der Kolpingjugend aus vier Kontinenten im **ersten Internationalen** Jugendparlament über das brisante Thema: „Globalisierung – Chance oder Bedrohung?“ Die lateinamerikanische Fraktion wandte sich dabei gegen alle Klagen und forderte auf, in der Epoche des Umbruchs als Protagonisten den Wandel in die Hand zu nehmen: „Globalisierung ist das, was die Menschen daraus machen.“

An dieses Zitat knüpfe ich gerne an, wenn ich unsere Bemühungen im Europäischen Parlament schildere, in christlicher Verantwortung die Einigung Europas zu gestalten. In einer Epoche des Umbruchs ist nichts erreichbar, ohne auf den Umbruch einzugehen. Ihn eben müssen wir zu gestalten versuchen. Papst Benedikt XVI nannte unserer Fraktion bei einer Audienz am 30. März 2006 in Rom die unbedingte Achtung der Menschenwürde von der Zeugung bis zum Sterben als erste der Aufgaben christlich verantworteter Politik. Zweitens sei die Ehe als Verbindung von Frau und Mann hoch zu achten und nicht dadurch zu entwerten, dass andere Verbindungen rechtlich gleich behandelt werden. Dritte Aufgabe sei, das Recht der Eltern zu schützen, ihre Kinder zu erziehen. Der Papst erläuterte, dass diese drei zentralen Aufgaben und „Prinzipien“ „keine Glaubenswahrheiten sind. Sie sind Teil der menschlichen Natur“, sagte er. „Sie richten sich deshalb an alle Menschen.“

Wir begreifen den Menschen als Schöpfung Gottes. Daraus leitet sich die Überzeugung ab, dass jeder Mensch mit einer unverletzlichen Würde ausgestattet ist. Der Mensch ist ein Wert an sich, ohne weitere Begründung und ohne Rücksicht auf seine physische, intellektuelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Dieser Grundsatz ist besonders in der Diskussion über die Bioethik von Bedeutung. Wenn jeder Mensch einmalig ist, dann dürfen wir ihn nicht reproduzieren. Wenn menschliches Leben ein Wert an sich ist, dann dürfen wir nicht menschliches Leben schaffen, um es dann wieder zu töten. Vor diesem Hintergrund haben wir in dieser Woche in Straßburg eine intensive Auseinandersetzung über die Verwendung künftiger EU-Forschungsmittel im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms geführt.

Ein Wertekanon "made in Europe" ist als Fundament für ein stabiles Europa unabdingbar. Durch die Einbeziehung der Grundrechtscharta in die europäische Verfassung würde das christliche Menschenbild zu einer wichtigen und verbindlichen Grundlage unseres Gemeinwesens. In der Grundrechtscharta sind die Würde des Menschen und das Recht auf Unversehrtheit der Person verankert. 'Person' bedeutet Verantwortung für das Individuum - sich selbst - und die Gemeinschaft. Auch der Schutz von Familie, Kindern und älteren Menschen sowie das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen werden dort ausdrücklich postuliert.

Unsere Fraktion hat sich stets für einen Gottesbezug in der Europäischen Verfassung eingesetzt sowie für eine ausdrückliche Bezugnahme auf das christlich-jüdische Erbe, das die Geschichte Europas maßgeblich geprägt hat. Dieses Anliegen wurde leider nicht von allen

Vertretern im Konvent und nicht von der Mehrheit der Abgeordneten im Parlament mitgetragen. Indirekt nimmt die Verfassung jedoch auf das christliche Erbe Europas Bezug, da sie in der Präambel ausdrücklich auf die religiösen Überlieferungen Europas verweist. Darüber hinaus wird im ersten Teil der Verfassung explizit der Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften anerkannt. Auch mit der Aufnahme einer Solidaritätsklausel in der Verfassung wird Gedankengut der christlichen Soziallehre übernommen.

Es ist ermutigend, dass gestern auf unsere Forderung hin der Europäische Rat, also die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, beschlossen haben, dass die nach dem negativen Votum in Frankreich und in den Niederlanden eingeleitete Reflektionsphase über die künftige Verfassungsarbeit durch eine „Analysephase“ ergänzt wird. Im Rahmen dieser Phase sollte auch untersucht werden, welche politischen und sonstigen Kosten sich für die Bürger Europas derzeit aus der Tatsache ergeben, dass es keine Lösung zur Verfassungsfrage gibt.

Die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel wird die wichtige Aufgabe haben, bis zum Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Mitte 2007 einen tragfähigen Vorschlag für ein Verfahren zu machen, wie die Diskussion über die Verfassung in geeigneter Weise fortgesetzt werden kann. Für diese Aufgabe ist Angela Merkel besonders geeignet, weil sie es verstanden hat, in kurzer Zeit das Vertrauen der übrigen EU-Regierungschefs zu gewinnen. Als ostdeutscher Christin liegt ihr am Herzen, dass die in Europa dem realsozialistischen Totalitarismus abgetrotzten Freiheiten dauerhaft durch eine Verfassung gesichert bleiben.

Die EU braucht die Reformsubstanz des Verfassungsvertrags. Mittlerweile hat eine Mehrheit von 15 Staaten den Verfassungsvertrag ratifiziert, zuletzt auch Estland. Finnland wird folgen. Diese Länder stehen für mehr als die Hälfte der 450 Millionen EU-Bewohner. Das ist eine Tatsache, um die auch Verfassungsskeptiker nicht herumkommen. Der Ratifizierungsprozess muss daher fortgesetzt werden. Je mehr Länder ratifizieren, umso größer ist die Chance, die Prinzipien und die Substanz des Verfassungsprozesses zu erhalten.

Niemand profitiert davon, wenn das mühsam ausgehandelte Verfassungspaket wieder aufgeschnürt wird. Viel Zustimmung könnte offenbar dadurch erreicht werden, dass künftig der Begriff „Verfassung“ durch eine andere Formulierung ersetzt wird. Da die Europäische

Union Nationen und Verfassungsstaaten vereint, könnte der Verzicht auf den Begriff „Verfassung“ Missverständnisse aus dem Weg räumen.

Die im Verfassungsentwurf aufgenommene Grundrechts-Charta verdeutlicht, wie weit für die europäische Politik demokratische und christliche Verpflichtungen in der Menschenrechtspolitik reichen. Dort wird ausdrücklich festgestellt, dass die Menschenrechte zu den Grundsätzen gehören, die allen Mitgliedsstaaten der Union gemeinsam sind und auf denen die Union beruht. Eine konsequente europäische Außenpolitik muss daher die Menschenrechte der bedrängten Christen im Sudan oder der moslemischen Zivilbevölkerung in Tschetschenien ebenso verteidigen wie die durch den Terrorismus herausgeforderte westliche Gesellschaft, sei es auf dem amerikanischen oder auf dem europäischen Kontinent.

Wir setzen uns weltweit für die Menschenrechte ein – auch in China oder in Osteuropa. Die Würde eines Palästinensers ist die gleiche wie die eines Israelis. Um dieses Engagement zu unterstreichen, verleiht das Europäische Parlament seit 1988 den Sakharov-Preis für geistige Freiheit, der in den letzten Jahren unter anderem an eine nigerianische Rechtsanwältin, an eine Frauenorganisation in Weißrussland und an die internationale Organisation "Reporter ohne Grenzen" ging. Zur Würdigung ihres Engagements gegen das Regime des kubanischen Diktators Fidel Castro hat auch schon die Bürgerrechtsorganisation „Frauen in Weiß“ diese Auszeichnung erhalten.

Es ist wichtig, dass Europa endlich mit einer Stimme sprechen kann, um künftig imageschädigende Vielstimmigkeit wie z.B. in der Irakfrage zu unterbinden und in einem von Konsens geprägten Klima zu kooperieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa eine abgestimmte gemeinsame Außenpolitik unter Leitung eines europäischen Außenministers erhält. Nur gemeinsam sind wir Europäer stark, um auch im transatlantischen Verhältnis zu unseren amerikanischen Freunden selbstbewusst auf gleicher Augenhöhe als "global player" verhandeln zu können und uns nicht wieder mittels einer "divide et impera"- Strategie in ein neues und altes Europa spalten zu lassen.

Meine Damen und Herren,

Im Juni 2004 haben die europäischen Wählerinnen und Wähler unsere EVP-ED Fraktion erneut zur stärksten politischen Kraft im Europäischen Parlament gemacht. Wir stellen heute

263 (oder 36 Prozent) der 732 Abgeordneten. Diese 263 Abgeordneten stammen aus 45 nationalen Parteien. Unsere Fraktion vereint als einzige Abgeordnete aus allen 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dies wird auch nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens so bleiben, denn vierzehn Abgeordnete aus diesen beiden Ländern sind bereits jetzt als Beobachter in unserer Fraktion tätig.

Das christliche Menschenbild stellt für unsere Fraktion ein wichtiges Leitmotiv dar. Die Würde, die jedem Menschen zukommt, ist nicht sein Verdienst und seine Tat, sondern sozusagen Startkapital, das wir nicht erwerben und nie unwiederbringlich verlieren können. Dieser christliche Grundgedanke unserer abendländischen Kultur wurde dann Teil der allgemeinen Menschenrechtserklärung. Auf diesen Teil des Gesichtes, das Europa der Welt gab, können wir stolz sein.

Unsere Fraktion legt einen Schwerpunkt auf den Dialog mit anderen Religionen und Kulturen. Damit leistet die EVP-ED Fraktion – ihr gehören unter anderem Katholiken, Protestanten, Anglikaner, Presbyter, Methodisten, orthodoxe Christen, Juden und Moslems - ihren Beitrag sowohl zur Verständigung innerhalb Europas als auch mit unseren Nachbarn südlich des Mittelmeers und im arabischen Raum. Es geht darum, das Verständnis füreinander zu erhöhen und gemeinsame Ansätze für die Lösung von Problemen zu finden.

Wir gehen nicht davon aus, dass der - von Huntington vermutete - „clash of civilisations“ unausweichlich ist. Unser Ehrgeiz ist, mit Andersgläubigen wie mit Nichtgläubigen ehrliche Dialoge zu führen und nicht aus falscher Scham der Wahrhaftigkeit unserer Begegnung zu schaden indem entscheidende Fragen unterschlagen werden: Wie wird etwa in muslimisch bestimmten Staaten mit Muslimen umgegangen, die zum Christentum konvertieren?

Auch dank unseres Einsatzes und der Unterstützung des Europäischen Parlaments ist es gelungen, die künstliche Spaltung des Kontinents zu überwinden und Europa zu vereinen. Um mit der Metapher Michail Gorbatschows zu sprechen, kann man heute sagen, dass das Europäische Haus fast vollständig bewohnt ist. Bulgarien und Rumänien stehen direkt vor der Haustür, und mit Kroatien haben die Verhandlungen begonnen. Unsere Zurückhaltung gegenüber neuen Erweiterungen ist aber gewachsen, weil sich durch jede Erweiterung die Probleme in der EU vermehren. Niemandem wäre damit gedient, wenn Europa durch allzu stürmische Erweiterungen kollabiert.

Auch die Türkei strebt in die EU. In dieser Woche wurden in Luxemburg die Verhandlungen zwischen der EU - vertreten durch die Europäische Kommission - und der Türkei eröffnet. Die Türkei unternimmt gewaltige Reformanstrengungen, aber der jüngste Bericht über die Lebensverhältnisse in der Türkei stellt auch fest, dass die Ergebnisse dieser Anstrengungen in vielen Bereichen noch höchst unbefriedigend sind. Insbesondere wurden – gemessen an den Schwierigkeiten nichtmuslimischer Minderheiten in der Türkei – „im Bereich der religiösen Freiheit in der Türkei keine Fortschritte gemacht“.

Europa ist, wie seine Wurzeln und seine Geschichte zeigen, mehr als ein logisches Konstrukt. Europa darf nicht nur unsere Gedanken fesseln, Europa muss begeistern. Suchen wir Mittel, damit wir von Europa träumen, damit wir uns mit ihm identifizieren. Wenn wir die spirituelle Lücke Europas füllen können, wenn es gelingt, Europa eine Seele zu geben, dann würden bei den Wahlen zum Europäischen Parlament künftig mehr Europäer ihre Stimme abgeben. Tun wir das Unsere, um mit effizienter organisierten Institutionen der Europäischen Union dieses Ziel zu erreichen. Lassen Sie uns nicht zurückschrecken, wenn uns die Probleme über den Kopf zu wachsen drohen. Um mit einem Zitat aus dem zweiten Brief des Petrus (3,9) abzuschließen: „Gott verzögert nicht die Verheißung, wie es einige für eine Verzögerung halten; sondern er ist geduldig mit euch (also mit uns) und will nicht, dass jemand zugrunde geht, sondern dass alle sich bekehren.“